

Medien: Vierte Gewalt oder linke Gewalt?

1. Grundsatz der Gewaltenteilung

Eines der prägenden Elemente aller modernen Verfassungen ist die Dreiteilung der staatlichen Gewalt: Regierung - Gesetzgebung – Rechtsprechung. Von diesen drei Gewalten haben wir Deutschen derzeit anscheinend die Gesetzgebung weitgehend verloren. Selbst der Bundestagspräsident mahnt seine Parteifreundin Merkel, das Parlament mehr zu achten.

- Die Art, wie 2010 z.B. der Lissabonvertrag, einer gewichtigsten Verträge, die Deutschland jemals geschlossen hat, ohne ernsthafte Aussprache durch die Ratifizierung geboxt wurde, war schlimm.
- Die Aufhebung der Wehrpflicht, lange Zeit als Säule der wehrhaften Demokratie erklärt, wurde jüngst sang- und klanglos, ohne wirkliche Diskussion im Parlament, geschweige denn in der Öffentlichkeit, abgeschafft.
- Die Vorgänge um den Eurorettungsschirm, wo die vielfach wiederholten Bekräftigungen, es werde keinen Haftungsverbund geben, ohne ernsthafte Diskussion in einer Nacht umgeworfen wurden, sind in einem autoritären Staat à la SED möglich –aber doch bei uns nicht.
- Die aus durchsichtiger Wahltaktik losgetretene Diskussion um die Sofortabschaltung der AKW greift nicht nur auch in die Kompetenzen des Bundestages, sondern irritierte auch das Vertrauen der Wirtschaft und der Bürger in die Vernünftigkeit von Regierungshandeln. Es ist peinlich für die CDU, dass die SPD – Generalsekretärin in diesem Zusammenhang die Einhaltung bestehender Gesetze anmahnen muss.
- Die Art, wie jetzt ein nationaler Ethikrat zur Nachbegründung eingesetzt wird, macht die Sache noch schlimmer, weil der Eindruck verstärkt wird, die seit Jahrzehnten pro/contra AKW gewechselten Argumente seien überhaupt nicht gehört worden. Die chaotische Diskussion um die Kosten des sofortigen Atomausstiegs zeigt, dass die Regierung ohne Überlegung nur aus der hohlen Hand entschieden hat und keine Vorstellungen darüber hat, wie es mit dem sofortigen Ausstieg gehen soll.

Selbst die Rechtsprechung scheint unter dem Banne der Allkanzlerin zu stehen: Wie sonst ist es zu verstehen, dass das Bundesverfassungsgericht auch nach 10 Monaten keinen Termin findet zur Verhandlung der Klage gegen den Eurorettungsschirm?

2. Allkanzlerin

Alles hört auf das Kommando aus der Bundeskanzlerin. Seit Adenauer hatten wir nicht mehr eine solche Alleinregierung wie jetzt unter Merkel. Damals aber waren noch Persönlichkeiten da mit einer eigenen Meinung, die Adenauer auch entgegentraten. Daran fehlt es heute. Mit einem seltenen politischen Geschick, untermischt mit „Glück“ wie dem Pech, welches Seehofer mit seiner Trumpfkarte v. Gutenberg hatte, ist es der CDU – Vorsitzenden gelungen, alle Persönlichkeiten mit politischer Statur so weit von sich zu entfernen, dass sie als Konkurrenten nicht in Betracht kommen.

Nach dem Abgang von Roland Koch fällt auch dem Gutwilligen kaum ein Name in der CDU/CSU ein, der eine eigene Meinung hat und sie auch äußert. Bundespräsident Köhler war einer der letzten - und die Gründe seines abrupten Amtsverzichtes liegen vielleicht dort, wo sie bei Axel Weber, dem nun zurückgetretenen Bundesbankchef, auch lagen: Man ist sich als Zuträger zu gut –aber *rebus sic stantibus* nicht in der Lage, etwas zu ändern.

Tragisch für die CDU und unseren Staat insgesamt ist, dass Frau Merkel, nun im Vollbesitz der Macht, diese offenbar zu keinen klaren Taten *zum Wohle des deutschen Volkes* (so ihr Amtseid nach dem GG) zu nutzen weiß. Die zahlreichen strukturellen Schwächen Deutschlands, die sich erst nach einer gewissen Zeit auswirken werden, die auch derzeit durch unerwarteten Wirtschaftsaufschwung überdeckt sind, werden nicht angefaßt, als da z.B. sind:

- Neuordnung der Bundesländer, von denen jetzt und auf Sicht die Hälfte sich nicht mehr selbst finanzieren kann
- Neuordnung der Renten und Alterssicherungen zu mehr Selbstverantwortung
- Umstellung des Sozialhilfesystems im Sinne der wirklich Bedürftigen
- Schutz der deutschen Wirtschaft gegen räuberische feindliche Übernahmen aus dem Ausland
- Stärkung der deutschen Sprache und Kultur im In- und Ausland
- Industriepolitische Neuausrichtung angesichts der deutschen Monokultur rund ums Auto.
- Usw.

Das ist eine Lage, in der die CDU nicht gedeihen kann. Deutschland auch nicht. Wo sind die Kräfte gegen diese Machtkonzentration, ohne welche eine Demokratie nicht funktioniert? Woher können Anregungen und Anstöße kommen, um Deutschland zu modernisieren, wenn

das Parlament anscheinend von Talenten entkernt wurde. Gibt es eine Vierte Gewalt, die Lücke zu füllen?

3. Vierte Gewalt?

Der Weimarer Reichsverfassung hat man vorgeworfen, die politischen Parteien als notwendige Gestaltungskräfte der Demokratie übersehen zu haben. *Den Vorwurf* macht man dem das GG nicht, aber dafür hat es die 4. Gewalt übersehen bzw. unterschätzt. Die klassischen drei Gewalten haben einen gleichsam offiziellen Rang in den Verfassungen. Das GG beschreibt, welche Kompetenzen die Regierung, Parlament, Gerichtsbarkeit haben, wie sie zustande kommen usw.

Von der „vierten Gewalt“ ist nur indirekt die Rede, wenn in Art. 5 GG die Pressefreiheit garantiert ist.¹ Das GG sieht die Pressefreiheit in erster Linie als ein Abwehrrecht des Presse- bzw. Medienbetreibers gegen staatliche Zensur. Aber das Bundesverfassungsgericht hat schon früh² eine Institutionsgarantie für den geistigen Meinungskampf in politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Belangen der Allgemeinheit ausgesprochen. Das Ziel der Pressefreiheit sei, *die Bildung einer freien öffentlichen Meinung zu erleichtern und zu gewährleisten*. Dem entsprechen die Presse- und Mediengesetze der Bundesländer.³

Demokratie setzt Informiertheit der Bürger, mindestens aber deren Zugangsmöglichkeit zu Informationsquellen voraus. Die 4G ist jedenfalls in Deutschland und ähnlich strukturierten Staaten ein besonders geschütztes Verfassungsgut.

4. Medien

Medien im hier betrachteten Sinne sind die Massenmedien, also Presse, Rundfunk und Fernsehen, die also eine ungezählte Menge von Menschen erreichen können. Auf diese kann rechtlich durch Landesmediengesetze, Besetzungs- bzw. Vorschlagsrecht für Schlüsselfunktionen der Eigentümer) Einfluß genommen werden. Das geschieht, und zwar

¹ Artikel 5 I GG

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt

² In der sogenannten Blinkfuer- Entscheidung v. 26. 2. 69 BVerfGE 156f

³ § 3 PresseG NRW **Öffentliche Aufgabe der Presse**. Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe insbesondere dadurch, daß sie Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt.

anders als wohl noch vor 10 – 20 Jahren immer in geschminkter durch den Zugriff der politischen Parteien. In einem „linken“ Bundesland hat ein „Rechter“ kaum Aussicht, Intendant der Rundfunkanstalt, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung oder auch nur Direktor eines Gymnasium zu werden - und umgekehrt.

Neu ist das Internet, das sich bisher ordnenden oder manipulierenden Zugriffen fast ganz entzieht. Es wird immer deutlicher, dass sich hier eine wirkliche 4. Gewalt ausbildet. Ohne diese, insbesondere die dortigen Bloggergemeinden, wäre v. Guttenberg wohl noch im Amt! Als Gradmesser der Volksmeinung im Sinne von *vox populi vox dei* wird dieses radikaldemokratische Medium wohl weiter an Bedeutung gewinnen. Als verfassungsunterstützender Meinungsbildner kommen diese chaotischen Stimmen aber wohl nicht Betracht.

Diese Aufgabe wird bei den klassischen Massenmedien verbleiben. Als verfassungsunterstützende bzw. - ergänzende Meinungsbildner fällt eigentlich ihnen die Aufgabe zu, Meinungsvielfalt durch Rede und Widerrede zu erzeugen und so auf die gestaltenden Kräfte der drei klassischen Staatsgewalten einzuwirken. C.G. Jung spricht von der Quaternität: Die Trinität der gestaltenden göttlichen Kraft werde durch den Geist des Widerspruch, den Diabolus, ergänzt und zum Handeln getrieben. Das Wächteramt der Vierten Gewalt, ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu Kritik an dem bestehenden oder „Eingerissenen“ ist ein integraler Bestandteil der himmlischen Ordnung. Nicht nur der himmlischen, sondern , wie der Goethe sieht es sieht, insbesondere der irdischen. Er läßt den Herrn in Prolog im Himmel sagen:

Des Menschen Tätigkeit kann allzu leicht erschlaffen

Er liebt sich bald die unbedingte Ruh,

dem geb ich gern ihm den Gesellen zu,

der reizt und wirkt und muss als Teufel schaffen.

Diese Reizen und Widersprechen, was viele für „links“ ansehen , weil es auch wirklich oft stört und zur Ungemütlichkeit führt, ist das Wesen eines demokratischen weltoffenen Staates.

Ohne die Vierte Gewalt geht es nicht. Diese Vierte Gewalt muss aber auch eine wirkliche Gewalt sein. Sie darf nicht ein Anhängsel der Regierung, oder regierungsnaher oder fremder Kräfte sein. Die Vierte Gewalt muß unbeeinflusst wirken können, sonst verfehlt sie ihren Zweck. Daran fehlt es.

5. Politische Korrektheit

Das Ideal der unbeeinflussten Medien und freier Berichterstattung stößt rasch an Grenzen. Eine einschneidende Grenze, die Politische Korrektheit, *political correctness* PC, wird in der öffentlichen Diskussion kaum behandelt, weil die Existenz von PC selbst von PC kontrolliert wird.

Die PC ist ein inoffizielles Regelsystem, welches die rechtlich bestehende Meinungsfreiheit praktisch einschränkt. Wer es übertritt, macht sich nicht strafbar⁴ oder schadensersatzpflichtig. Er wird aber „inoffiziell“ durch soziale Meidung bestraft. Der „falsch“ denkende Journalist wird nicht mehr eingeladen, er findet keine Interviewpartner, er hört nichts mehr und wird daher auch nicht mehr gehört. Die PC lenkt die öffentlichen Meinungsäußerungen bis zur Manipulation. Ihr inoffizieller Charakter macht sie rechtlich praktisch unangreifbar. Sie wirkt oft intensiver und vor allem unauffälliger als eine direkte Zensur.

In Deutschland ist das Regelwerk der PC besonders eng. Wer bestimmte Tabuwörter gebraucht oder Themen anders behandelt als allgemein erwartet, beweist nicht, dass er geschichtlich besser Bescheid weiß, sondern, dass er immer noch nicht begriffen hat, dass in Deutschland bei vielen Themen Schweigen besser ist. Zum Kontrollbereich der PC gehören bei uns alle Fragen mit NS – oder Weltkriegsbezug, und zwar bis in die fernsten Verästelungen (vgl. Fall Eva Hermann). Aber durchaus nicht nur: Fragen mit sozialen Bezug sind weitgehend tabu, wenn es um die, oft nur scheinbar, Hilfsbedürftigen geht. Die objektiv recht beachtliche Höhe der Gesamtbezüge eines Hartz IV- Empfängers dar anscheinend nicht gemeldet werden. Als Th. Sarrazin vor Jahren einmal öffentlich vorrechnete, dass man mit Sozialhilfe eigentlich recht gut leben könne, hätte ihn der Sturm der Medien fast von der politischen Szene gefegt. Sozialmissbrauch, Überversorgung von Rentnern und Pensionären, Kriminalität von Ausländern können bei uns nicht

⁴ Die gemessen an Art. 5 III GG (Wissenschaftsfreiheit) höchst bedenkliche Rechtsprechung zu § 130 StGB (Volksverhetzung) bleibe hier unerörtert.

wahrheitsgemäß thematisiert werden usw. Unser prekäres Verhältnis zu Islam und den türkischen Einwanderern steht völlig im Kontrollbereich der PC. Im so genannten Darwinjahr 2005 durfte frei von Vererbung und Biologismus gesprochen werden – aber nicht, wie der Fall Sarrazin zeigt mit Blick auf konkret anstehende politische Problem.

Ausgereifte Argumente können nur von der Vierten Gewalt aufbereitet und diskutiert werden. Im politischen Schlagabtausch haben Sachargumente immer seltener Aussicht auf Beachtung. Schwierigere Fragen können eigentlich nur in der Vierten Gewalt bis zur politischen Entscheidungsreife vorbereitet werden.

Wenn aber gerade die wichtigsten und schwierigsten Fragen in unserem Staat im Kontrollbereich der PC liegen. Hat die Vierte Gewalt ihre wichtigste Funktion verloren. Medien und Journalisten können es sich in diesem Bereich aber offenbar immer seltener leisten, die Wahrheit zu ermitteln und zu melden. Insofern ist der Fall Sarrazin geradezu apokalyptisch in dem Sinne, dass künftig über die Islamisierung und den schleichenden Kulturverlust an den Islam überhaupt nicht mehr ernsthaft gesprochen werden wird. Sarrazin konnte es sich nur leisten, sein Buch zu schreiben, weil er am Ende seiner beachtlichen Karriere stand und wirtschaftlich unabhängig war. Es wird einmal, schon bald, als eine der schlimmsten Fehlleistungen der Allkanzlerin erkannt werden, dass sie völlig unbedacht, nur augenblicklichen Impulsen der politischen Konjunktur folgend, diesem Falle auch in das Horn der PC tutete und zwar noch besonders laut und so die Diskussion über eine Frage abwürgte, welche die Zukunft des deutschen Volkes wie kaum eine andere betrifft.

Berichterstattung im Kontrollbereich der PC ist durchweg „links“ in dem Sinne, als auch zulasten des geltenden Rechts, grundsätzlich denen Recht gegeben wird, die jeweils die Mehrheit sind. Bei sozialen Fragen sind das immer die angeblich Entrechteten grundsätzlich rechtgegeben wird, Vgl Spiegel v. 2.5. 11 S. 79, wo die *rüden Methoden der Postbank bei der Beitreibung* (berechtigter!!) *Forderungen* angeprangert werden. Oder ebd, S. 74: *Manche Mitarbeiterinnen hat der Abmahnakkord krank gemacht*. Die Abmahnungen waren völlig legal; die sich aufdrängende Vermutung, da habe wohl manche schlicht einen „Krankenschein genommen“, darf aber im Spiegel offenbar nicht stehen. Nicht einmal eine Arbeitgeberzeitung dürfte dass offen aussprechen – obwohl jeder weiß, wie das mit den Krankenscheinen läuft.

4. Fremde Mächte?

Es ist in Deutschland auch 65 Jahre nach dem Kriegsende nicht möglich, den Amerikanern deutlich zu sagen, wo ihre Grenzen sind. Die deutschen Medien scheinen zu befürchten, von den primären Informationsquellen abgeschnitten zu werden, wenn sie zu deutlich oder zu kritisch fragen. Es wird auch eine Urangst mitspielen, das die USA, welche uns in 2 Weltkriegen an den Rand der physischen Vernichtung gebracht haben, bei einem dritten Mal wahr machen werden, was die derzeitige US – Außenministerin H. Clinton einmal dem Iran angedroht hat: *to totally obliterate- völlig auslöschen.*⁵ Zum letzten Irakkrieg wurden von den US nur ausgewählte amerikanische Journalisten in die Kampfzone gelassen. Das ist eine Methode, zu der die US – Regierung immer häufiger greift, um missliebige, oft ausländische, Journalisten von Nachrichten fernzuhalten. Die US – amerikanische Darstellung, wie es zu dem Vorfall von 9. September 2001 kam, ist widersprüchlich und wenig überzeugender als die widerlegte Behauptung von Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins. Man traut sich aber wohl nicht, das offen zu sagen. Der Arm der CIA reicht weit und scheut auch ungewöhnliche Todesfälle nicht. Manche Fragen werden gar nicht gestellt. ZB : weswegen ein großer Teil der deutschen Goldvorräte ausgerechnet in den USA lagern; warum die USA das Recht haben, oder einfach in Anspruch nehmen, unsere Telefongespräche und Emaillkontakte mitzuschneiden? Wozu die USA in Deutschland an die 20.000 CIA Mitarbeiter braucht usw.

Die deutschen Medien, die feinfühlig allen deutschen Völkerrechtsverstößen vor 75 Jahren nachgehen, taten sich überaus schwer, in dem Überfall der USA auf den Irak (2003) die manifeste Völkerrechtswidrigkeit zu sehen, welche fast alle Ausländer darin sahen. Die deutsche Berichterstattung (Mai 2011) über die vorsätzliche Tötung einer Person, welche die USA nach Beseitigung der Leiche für Osama bin Laden erklärten, zeigt die faktische Gleichschaltung der deutschen Medien jedenfalls in diesem Themenbereich. Schlimmer war es im SED – Staat auch nicht. Der servile Kommentar von B. Kohler in der FAZ v. 3. Mai 11 ist ein peinliches Beispiel von Hofberichterstattung. So einseitig und dumm wie das, was er schreibt, kann ein Mitherausgeber der FAZ aber einfach nicht sein. Da müssen andere Kräfte am Werke sein, die uns zu eine bestimmten Sicht zwingen bzw uns verbieten, eine andere zu veröffentlichen. Das gilt auch für die völlig indiskutable Beflissenheit, mit der die deutsche Kanzlerin diese geplante Tötung eines Menschen pries, der nach deutschem und

⁵ Vgl. Aden, Hannibal und Hitler - zur Urangst des deutschen Volkes. www.dresaden.de B II Nr. 11

jedem zivilisierten Recht für unschuldig zu gelten hatte, solange er nicht gerichtlich für schuldig erklärt wurde.

Die Medien sind – jedenfalls in Deutschland– nicht frei, sondern unterliegen und in Bezug auf bestimmte Themen amerikanischen, Direkteinflüssen. Dadurch wird ihre Möglichkeit, als Vierte Gewalt und als verfassungsmäßiges Korrektiv zu wirken in Deutschland stark herabgesetzt.

5. Die Vierte als staatsfreie Gewalt?

Erklärtes Ziel aller Medien- bzw. Pressegesetze ist die Sicherung der Meinungsvielfalt. Rechtlich sollen Medien von direktem politischem Einfluß frei gehalten werden. Die Landesmediengesetze schließen daher staatliche Funktionäre und politische Parteien als Betreiber einer Medienanstalt aus.⁶ Nur in dieser Form könnten die Medien ihre verfassungsergänzende Funktion erfüllen. Es mag gut sein, dass das wenigstens im Gesetz steht; praktisch ist das aber weitgehend Fiktion

Es wirken zahlreiche direkte und indirekte Faktoren auf Medienunternehmen und ihre Mitarbeiter ein. Die Bundesregierung und alle Bundesländer betreiben aber auf Staatskosten Presse- und Informationsämter. Bundes- und Landesministerien haben ihre Pressesprecher. Wichtige, aktuelle Meldungen und Stellungnahmen der Regierung dazu, wie jetzt (2. Mai 2011) die Tötung von Osama bin Laden können praktisch nur durch den RegierungsfILTER wahrgenommen werden. Das bedeutet negativ: Öffentlich Bediensteten ist unabhängig von der Geheimnisbedürftigkeit einer Frage verboten, selbständige Kontakte zur Presse zu haben. Was gemeldet wird und wie, entscheidet allein die Regierung bzw. der Dienstherr. Die Vierte Gewalt kann ihre verfassungsergänzende Funktion also gerade in den wichtigen Fällen nicht unbeeinflusst erfüllen, da die Wichtigkeit vom Staat/Regierung monopolisiert wird.

6. Wirtschaftliche Abhängigkeiten

⁶ § 6 LandesmedienG NRW: Nicht zugelassen werden dürfen ... politische Parteien und Wählervereinigungen und von diesen abhängige Unternehmen und Vereinigungen (§ 17 Aktiengesetz). - Ähnlich § 10 III LandesmedienG Sachsen-Anhalt ua.

a. Journalisten

Wirtschaftliche Abhängigkeit der Journalisten bewirkt, dass diese ihre arbeitsrechtliche an sich bestehenden Freiräume bei der Berichterstattung selten ausschöpfen. Aber alles, was der Wahrheit nur nahekommt, ist nicht die Wahrheit und hat eine Tendenz zur Verfälschung, also nach „links“ im Sinne von situativer Anpassung an das oben Gewünschte, statt konservativ im Sinne nachhaltiger, objektiver Wahrheitssuche. Beispiel: Die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Essen* (WAZ) ist im Ruhrgebiet so marktbeherrschend wie nur irgendwas, was diese Kennzeichnung verdient. Der Konzern hat als Tendenzbetrieb keinen Betriebsrat. Es befindet sich im zweier Familienstämme. Daher legt es auch keine öffentliche Rechnung. Die WAZ ist - wie offenbar alle großstädtisch orientierten Regionalzeitungen *strukturlinks*. Sie wettet gegen Unternehmen, die wie angeblich Schlecker oder Lidl ihren Betriebsrat schlecht behandeln oder ihn nicht einrichten; die Reichen und Großverdiener, die sich der Steuer entziehen, Monopolisten sind beliebtes Ziel ihrer Kritik. Aber niemals hat man in der WAZ etwas gelesen, was die Problematik *Pressemonopol* thematisierte oder fragte, was denn die Erben der Gründerfamilien mit ihrem vielen Geld, machen. Man kann es den dort tätigen Journalisten auch nicht abverlangen.

b. Medienträger

Medienträger sind als privatwirtschaftliche Unternehmen abhängig. Wer sich lukrative Werbeaufträge von z.B. der RWE AG erhofft, wird in der Frage der Laufzeitverlängerung für AKW zurückhaltend sein. Usw.

7. Beispiel Sarrazin

Die deutschen politischen Führer aller Parteien haben auf das Buch *Deutschland schafft sich ab* geradezu hysterisch und angesichts von Art. 5 GG manifest verfassungswidrig reagiert. Die Bundeskanzlerin veranlaßte sofort, dass Sarrazin von seinem Posten als Vorstand der Deutschen Bundesbank abberufen wurde. Das lag zwar außerhalb ihrer gesetzlichen Kompetenz, aber sie tat es doch.

Die deutsche Presse sah sich durch die politische Korrektheit verpflichtet, Sarrazin unbesehen zu verurteilen. Das „Juden- Gen“ drohte ihn ohne weitere Diskussion wegzuspülen – als , für die Medien offenbar völlig überraschend und irritierend - aus Jerusalem die Meldung kam: Wir Juden nehmen ein solches Gen tatsächlich für uns in

Anspruch! Die Medien „einigten“ sich dann darauf, das Buch ohne Diskussion inhaltlich zu verurteilen, aber S. zu „erlauben“, das Buch geschrieben zu schreiben. Vgl. im Spiegel v. 2.5. 11: *Sarrazin spaltet seine Partei*. Halbherzig wird es begrüßt, dass die Meinungsfreiheit gerettet wurde.⁷ Was würden die Medien wohl sagen, wenn Martin Hohmann Antrag stellte, wieder in die CDU aufgenommen zu werden?

8. **Gewalt der Vierten Gewalt?**

Medien haben Macht und Einfluß in zweifacher Weise.

- Durch Auswahl, Meldung und Kommentierung bestimmter Nachrichten
- Korrespondierend dazu: durch Nichtmeldung oder Unterdrückung von Nachrichten.

Beispiel: Die deutsche Presse meldet so gut wie alles, was Israel betrifft. Dieses Land von rd 4 Mio. Einwohner ist daher medial massiv überrepräsentiert. Armenien, etwa ebenso groß und politisch in ähnlich prekärer Lage wird kaum je erwähnt. Von Brasilien mit rd 150 Mio Einwohnern erfahren wir auch wenig. Im Rahmen der US – amerikanischen Kriegstöne gegen den Iran erfuhr der deutsche Zeitungsleser nicht, was offenbar sonst überall bekannt und zum Verständnis der Dinge wohl nötig ist, dass nämlich Israel schon lange die Atombombe besitzt.

Über die Reichweite und Intensität der 4. Gewalt wird gestritten. Vielleicht ist ihre Macht sehr groß. Die englische Presse vor 1914 mit ihren Hetzereien gegen Deutschland trägt nach allg. Mg eine Hauptschuld am 1 WK. Vielleicht hat die 4 Gewalt aber gar nicht so große Macht. Es ist unklar, ob die Medien die öffentliche Meinung machen oder umgekehrt.

Ist die Presse, wenn sie links ist, von selbst links, weil ihre Journalisten und Auftraggeber links sind, oder ist sie, weil ihre Leser es so wollen? Der Verteidigungsminister a.D. v. Guttenberg mußte zurücktreten, obwohl insbesondere die *Bildzeitung* mächtig für ihn getrommelt hatte. Vielleicht haben die Medien doch Macht: Die Rede von Martin Hohmann wurde erst zum Fall Hohmann und zur Haupt- und Staatsaktion, nachdem die Presse sich auf seinen angeblichen Antisemitismus eingeschossen hatte.

⁷ Auffällig war, dass der Kampf ausschließlich gegen den Autor Sarrazin geführt wurde. Der Verlag, Deutsche Verlagsanstalt, der zum Bertelsmann - Imperium gehört, wurde nicht belästigt. Vielleicht kann sich kein (noch freier) deutscher Verlag oder Journalist einen Kampf gegen das Imperien aufzunehmen.

9. Links ?

Was ist „links“ ? Der SPD Vorsitzende Gabriel hat 2008 ein Buch geschrieben „Links neu denken“. Darin bekundet er, schon immer links gewesen zu sein – aber er sagt eigentlich nicht, was ist denn „links“ ist? Eine Antwort Gabriels lautet: *Links ist, den Menschen Aufstiegschancen zu bieten sowie Teilhabe an der Gestaltungsmacht. Kampf gegen das Unwesen der Heuschrecken und gegen den ungezügelten Marktes sei links.*

Nein – d a s ist doch ein typisch rechter, oder besser, bürgerlicher Standpunkt, das Merkzeichen des CDU und der namentlich von ihr entwickelten sozialen Marktwirtschaft. Nur durch falsche Alternativen gelingt es Gabriel, etwas anders zu sagen und zu fordern als die CDU. *Von allen Parteien auf der Rechten unterscheidet sich die Sozialdemokratie dadurch, dass sie sich mit den gegebenen Verhältnissen nicht zufrieden gibt, und Privilegien nie für gottgegeben hält (S. 110).* Das empfinden wir aber als typisch christdemokratische Position.

Das führt zu der Frage, was ist das Gegenteil von politisch „links“? Rechts? Rechts kommt von Recht. Aber sagen wir besser: Konservativ, noch besser bürgerlich. Damit ist das erfahrungsgelitete Denken zur Auffindung besserer Lebensbedingungen für alle gemeint. Bürgerlich bedeutet – das eigene Haus in Ordnung halten und bei Änderungen sorgfältig abwägen, ob diese eine Verbesserung bringen und wenn ja, ob man sie sich leisten kann.

- Links ist das Theoretisieren ohne Blick zurück und daher ohne Gefühl für das Beständige, Nachhaltige.
- Rechts ist es, die Kraft des Einzelnen herauszufordern. Links ist es, Lebensläufe und Lebensrisiken zu sozialisieren.
- Rechts ist es, dem quengelnden Kind, das Zückerchen auch mal zu versagen. Links dem quengelnden Kinde zu geben, was es gerade will.
- Rechts ist es, daran zu glauben, dass jeder Mensch selbst etwas wert ist. Links ist der Glaube an die Macht der Masse.
- Rechts ist das Einstehen für Recht. Links ist die hastige Aufgabe von Bewährten, weil der Volkswille es – oft nur scheinbar – fordert.

Links ist es, den jeweiligen Mehrheiten hinterherzulaufen. Bürgerlich ist die Verfolgung eines Ziels, das man für richtig erkannt hat, auch wenn die Mehrheiten wechseln. In diesem

Sinne ist die CDU unter der Allkanzlerin ein ausgesprochen linke Partei geworden- linker als die SPD, in gewissem Sinne sogar linker als die LINKS-Partei. Diese folgt immerhin einem, wenn auch schiefen, Programm – die CDU hat gar keines mehr. Werner Weidenfeld am 21. 4. im Deutschlandfunk (nach JF v. 29.4.) : *Was der Union .. grundsätzlich fehlt, ist eine programmatische Bindung.....Die Union muss aber hinter jeder Alltagshektik hinterher springen.*

10. Stärkung der Vierten Gewalt durch Anspruch auf informationelle Gleichbehandlung

Neben den gleichsam offiziellen Interviews können Regierung und staatliche Stellen durch weiche Privilegien Nachrichten kanalisieren. Wenn A ein Vertrauter der Kanzlerin ist und B Journalist, und beide gehen im Berliner Tiergarten spazieren, dann ist das etwas anderes als wenn B, sagen wir Kfz- Mechaniker ist. Journalist B, wird künftig vermeiden, etwas zu schreiben, was A bzw. dessen politischen Kreisen missfallen könnte.

Es ist einem Journalisten, hier B, der bis zu einem solchen Kontakt vorgedrungen ist, praktisch nicht zuzumuten, diesen dadurch aufs Spiel zu setzen, dass er einen Artikel z.B. über die zunehmende Missachtung des Parlaments durch die Bundeskanzlerin schreibt oder dass er die öffentliche Rehabilitierung von Martin Hohmann fordert, wenn er doch weiß, was die Allkanzlerin davon hält. Das ist auch seinem Arbeitgeber, einer Zeitung oder auch dem gebührenfinanzierte der WDR, kaum zuzumuten. Denn wenn das geschieht, wird weder B noch ein anderer Mitarbeiter jemals wieder zu einem solchen Spaziergang zugelassen.

Bei dem herrschenden Meinungsklima in Deutschland bedeutet das: Journalisten und Medienträger, die im Verdacht stehen, sich nicht an die in Deutschland besonders eng gezogenen ungeschriebenen Regeln des Politischen Korrektheit zu halten, die vereinfacht gesagt nicht dem linken Gesinnungslager angehören, haben grundsätzliche Schwierigkeiten, an wirklich interessante Gesprächspartner heranzukommen. Für Medien und ihre Mitarbeiter, die gar im Geruch stehen „rechts“ zu sein, führt das zu einer informationellen Marginalisierung und einen *circulus vitiosus*: sie finden Informationen/Gesprächspartner nur „rechts“ von der Mitte, was wiederum zu Verstärkung ihrer Wahrnehmung als „rechts“ führt. Journalisten sind Menschen und wollen mit ihren Schriften wahrgenommen werden. Sie mögen nicht „links“ stehen – aber sie können es sich nicht leisten, etwas zu schreiben, was von den staatsnahen Kräften als politisch inkorrekt oder (meist recht willkürlich) gar als

„rechts“ eingeordnet wird. Wenn es den Presse- bzw. Mediengesetzen ernst wäre mit der Forderung nach Meinungsvielfalt, dann müssten diese stärker gesichert werden, etwa durch ein Gesetz, welches den Zugang zu wichtigen Nachrichtenträgern und -quellen im Sinne einer Gleichbehandlung regelt. Die Nachrichtenbesitzer, Regierung usw, müssten gezwungen werden, Journalisten unabhängig von dessen politischer Linie Rede und Antwort zu stehen.

Es gibt bisher kein Gesetz, welches Kriterien festlegt, wonach die Regierungsmitglieder verpflichtet sind, Interviews zu geben, bzw. berechtigt, Interviewanfragen zu verweigern. Der Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 GG) findet hier nicht statt. Die Kanzlerin oder wer immer kann einer ihr hörigen Zeitung, etwa der FAZ, täglich, wöchentlich Interviews gewähren, und kein Gericht kann sie zwingen, auch einmal mit der Jungen Freiheit zu sprechen. Aus Art. 5 iVm Art 3 GG und den Landesmediengesetzen folgt aber, in richtiger Betrachtung, ein Anspruch auf Gleichbehandlung eines jeden Journalisten/Medienträgers mit jedem auf Zulassung zu einem Interview.

Es wäre also der Jungen Freiheit, um nur diese zu nennen, der Rat zu geben, bei einem Regierungsmitglied, welches einer „linken“ Zeitung ein Interview gegeben hat um ein Interview nachzusuchen und im Ablehnungsfall Klage beim Berliner Verwaltungsgericht zu erheben.

Ergebnis: Versagen der 4. Gewalt

Im gesamten Journalismus wird zunehmend mehr die Kritikerrolle zur Disposition gestellt. Die Krise des Journalismus [...] erweist sich vor allem als Krise seiner Kritikfunktion; sie wird obsolet, wenn die Distanz fehlt und die Relevanz sowieso. Bezahlte Journalisten sind, um ihre immer knappere Arbeit zu behalten, wegen der Einschaltquoten und der Werbungsabhängigkeit, mehr und mehr am Mainstream orientiert. (Zitat aus dem Internet)

Die Vierte Gewalt kann ihren verfassungsschützenden und -ergänzenden Auftrag nur erfüllen, wenn sie investigativ und überzeugend Mißstände und Fehlentwicklungen aufdeckt. Dazu muss an den - oft nur -scheinbaren - Stützen des Systems gerüttelt werden, und wenn sie wackeln, müssen sie umgestürzt werden. Das wird zumeist als „links“ empfunden, und ist in der Tat auch eine Herausforderung des beharrenden Denkens. In Wahrheit aber ist die stetige Systemüberprüfung auf Standfestigkeit ein werteorientiertes, konservatives Anliegen. In diesem Sinne müssen Medien Angriff und – wenn man so will - links sein. Diesem Auftrag kommen die Medien nur noch selten nach.

Medien als „linke“ Gewalt ? Das Linke an den Medien ist, dass sie ihre verfassungsmäßige Aufgabe als Korrektiv der politischen Macht nicht mehr sehen, sondern mehr und mehr zum Teil des staatlichen Machtapparates werden und ihn, statt seine Institutionen auf Standfestigkeit zu befragen, zu oft fraglos hinnehmen, als Handlanger der Regierung.

Das Linke an den Medien ist, dass sie nicht links sind.

M.A.

3.5.11